



attac

Alstertal - Walddörfer

DANKE heißt auch mehr Gehalt.

Das ist der Titel des Aufrufs , zu dem wir uns heute am 1. Mai hier auf dem Wandsbeker Markt versammelt haben.

Was DANKE allerdings nicht heißt, will ich im Folgenden deutlich machen :

Danke heißt nicht Schließen von Krankenhäusern.

Das ist doch absurd. Trotz der Corona-Krise wurden, werden und sollen zukünftig weitere Krankenhäuser geschlossen werden. Wenn es nach dem

Gesundheitsminister, seinen Beratern und der Bertelsmann-Stiftung geht.

So mussten vergangenes Jahr zwanzig Kliniken schließen, allein acht im Dezember.

Mehr als 30 weitere Krankenhäuser sind akut von Schließung bedroht.

Mit der Klinik Groß-Sand in Wilhelmsburg ist auch eine Klinik in Hamburg betroffen.

Diese Krankenhäuser werden geschlossen, weil sie dem Träger zu teuer, also unwirtschaftlich sind oder weil ihnen das Geld ausgeht. Was aus Patientinnen und Patienten, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wird, spielt für den Gesundheitsminister dabei keine Rolle.

Mehr zu den Schließungen findet ihr in der TAZ- Beilage, die wir auf der heutigen Veranstaltung verteilen.

Danke heißt auch nicht Personalabbau durch „freiwilliges Ausscheiden“ oder Entlassungen.

Auch das ist absurd. Trotz der starken Inanspruchnahme durch zahlreiche Covid-Patienten und Patientinnen sehen sich die Hamburger Krankenhäuser in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das ergab eine Befragung der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft unter ihren 36 Mitgliedern. Selbst die Kliniken in der Hansestadt, die Anspruch auf staatliche Ausgleichszahlungen für Corona bedingte Leerstände haben, meldeten für das erste Quartal Erlösrückgänge von durchschnittlich zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Belegung der Betten sank um 15 Prozent. Die Ausgleichszahlungen hätten nur 81 Prozent der

Erlösausfälle kompensiert. Den Defiziten können die Häuser nur durch Personalabbau entgegenwirken, warnte die Krankenhausgesellschaft.

Danke heißt auch nicht Schikane und „Fertigmachen“ von Betriebsräten und Betriebsrätinnen.

Das hat System. Ist von auf Union Busting, also „Fertigmachen“ spezialisierten Anwaltskanzleien erprobt und wird von Unternehmen zur aktiven Bekämpfung gewerkschaftlicher Tätigkeit eingesetzt.

Wie weit das geht, zeigt das folgende Beispiel: Das, was ich gleich vortrage, stammt von einem Betriebsratsmitglied einer Klinik in Hamburg. Ursprünglich war geplant, dass die Verfasserin- nennen wir sie einfach Elisa - selbst über abstruse Kündigungen und Einschüchterungsversuche in Hamburger Krankenhäusern berichtet. Da Elisa allerdings befürchtet, dass ihr öffentliches Auftreten zur Behinderung ihrer Betriebsratsarbeit führen könnte, haben wir uns entschlossen, ihren Beitrag zu verlesen. Jetzt spricht also Elisa zu euch:

Erst Romana, nun Anja?! Solidarität gegen Union Busting!

Schon wieder hat ein Krankenhaus in Hamburg versucht einer Betriebsrätin zu kündigen!

War im Fall von Romana Knezevic in der Asklepios-Klinik St. Georg der Anlass, dass diese öffentlich über Missstände im Krankenhaus gesprochen hatte, ist es diesmal noch absurder: Der Pflegerin und Betriebsrätin Anja C. aus der ATOS Klinik Fleetinsel wurde von der Geschäftsführung Arbeitszeitbetrug bei der Arbeit im Home-Office vorgeworfen, obwohl sie ihre Arbeitszeiten sorgfältig dokumentiert hatte. Zufällig ging dieser Kündigung die Gründung eines Konzernbetriebsrats beim privaten ATOS-Konzern voraus, bei der Anja eine tragende Rolle zukam.

In Solidarität mit Anja C. organisierte das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus zwei Protestkundgebungen vor der Fleetinsel Klinik und vor dem Arbeitsgericht, welches Anja am 19. März Recht gab!

Dies ist innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal, dass ein Hamburger Krankenhausunternehmen gegen eine Interessenvertretung des Personals agiert. Das Vorgehen der beiden Klinikbetreiber gegen die Betriebsrätinnen verweist auf Methoden aus dem Repertoire des sogenannten Union Busting, der aktiven Bekämpfung durch Unternehmen.

Die mit abstrusen Vorwürfen begründeten Kündigungen scheitern in der Regel vor dem Arbeitsgericht. Sie dienen aber dazu, die aktiven Kolleg*innen fertigzumachen

und zu schikanieren- umso wichtiger, solche Praktiken in die Öffentlichkeit zu tragen, sich solidarisch zu zeigen und das Vorgehen der privaten Konzerne zu skandalisieren. Im Fall von Romana hatte Asklepios von sich aus die Kündigung zurückgezogen, was zeigt, wie wichtig öffentlicher Druck ist- und wie wirksam er sein kann.

Die Kündigungsversuche an Anja und Romana sind aber nicht nur im Kontext der Betriebsratsbekämpfung zu sehen, sondern auch im Kontext der aktuellen Pandemie-Situation und des Umgangs von Konzernen und Politik mit Pflegekräften und kritischen Krankenhaus-Beschäftigten. Doch nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Städten häufen sich solche Fälle, unter anderem beim Uniklinikum Münster.

Letztlich geht es bei diesen Auseinandersetzungen aber nicht nur darum, dass die Kolleg*innen nicht entlassen werden, sondern auch darum, dass sich endlich etwas an den Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern ändert: Entlastung durch feste Personalvorgaben, bessere Bezahlung, ein Ende des DRG-Systems! Die Beschäftigten brauchen dafür eine breite gesellschaftliche Unterstützung. Abschließend bleibt zu sagen, dass der ganze Marktgedanke, den das Fallpauschalen -System hervorruft, im Gesundheitswesen fehl am Platz ist. Kein Patient hat sich seine Erkrankung ausgesucht und unsere Gesundheit ist auch keine Ware!

Kranhäuser gehören in öffentliche Hand und müssen sich am Gemeinwohl und an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren, nicht am Profitstreben von Wirtschaftsunternehmen!